

# Datenschutzhinweise gemäß Art. 13,14 DSGVO für Teilnehmer von Vergabeverfahren

## 1. Allgemeines

Der verantwortungsvolle Umgang mit personenbezogenen Daten ist für uns, den Landtag Rheinland-Pfalz, von besonderer Wichtigkeit und stellt eine Selbstverständlichkeit dar. Sofern wir personenbezogene Daten von Ihnen erhalten, nutzen bzw. verarbeiten wir diese unter Beachtung der geltenden nationalen und europäischen Datenschutzvorschriften. Durch die seit dem 25. Mai 2018 geltende EU-Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) soll der einheitliche Schutz von personenbezogenen Daten innerhalb der EU insgesamt sichergestellt werden. Personenbezogene Daten in diesem Sinne sind sämtliche Informationen, die einen Bezug zu Ihrer Person aufweisen bzw. aufweisen können. Mit den nachfolgenden Datenschutzhinweisen geben wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht.

## 2. Verantwortliche Stelle und Datenschutzbeauftragter

Landtag Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

Datenschutzbeauftragter:  
Thomas Kinnen  
Tel.: 06131 208-2424  
datenschutz@landtag.rlp.de

## 3. Quelle der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Zuge des Vergabeverfahrens von dem Bieter erhalten. Des Weiteren verarbeiten wir – sollte dies für die Erbringung unserer Leistung erforderlich sein – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen zulässigerweise gewinnen oder die uns von anderen Unternehmen oder von sonstigen Dritten in berechtigter Weise übermittelt werden.

## 4. Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

Wir verarbeiten folgende Kategorien von personenbezogenen Daten: Stammdaten (z. B. Name und Funktion Ihrer Mitarbeiter, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, ggf. Referenzen und weitere in Lebensläufen angegebene Informationen), Auftragsdaten, Daten zur Erfüllung unserer vergaberechtlichen Verpflichtungen, Informationen über die Bonität des Bieters, Zahlungszuverlässigkeit, Korrespondenz (z. B. Schriftverkehr mit Ihnen) sowie andere mit den genannten Kategorien vergleichbare Daten.

## Anlage C

### 5. Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen, und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Wir verarbeiten Ihre zu Zwecken der Durchführung des Vergabeverfahrens erhobenen personenbezogenen Daten unter Einhaltung der jeweils anwendbaren nationalen und europäischen gesetzlichen Datenschutzanforderungen. Dabei ist die Verarbeitung rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

a. Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 a) DSGVO)

Soweit Sie bzw. Ihre Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen uns eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke innerhalb des Vergabeverfahrens erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

b. Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen (Art. 6 Abs. 1 S. 1 b) DSGVO)

Um unseren vertraglichen Pflichten gegenüber Ihnen als den am Vergabeverfahren teilnehmenden Unternehmen nachzukommen, verarbeiten wir personenbezogene Daten zur Erfüllung des Vertrages und/oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen.

Die Zwecke der Datenverarbeitung ergeben sich in erster Linie aus dem konkreten Vergabeverfahren. Die weiteren Einzelheiten zu den Datenverarbeitungszwecken können Sie den Vergabeunterlagen entnehmen.

c. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 S. 1 c) DSGVO) oder im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 S. 1 e) DSGVO)

Der Landtag Rheinland-Pfalz unterliegt im Vergabeverfahren unterschiedlichen rechtlichen Verpflichtungen (z. B. vergaberechtlichen Vorschriften, gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften), die es erforderlich machen, personenbezogene Daten von Bietern bzw. Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen von Bietern zu verarbeiten.

d. Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 f) DSGVO)

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten über die für die Durchführung des Vergabeverfahrens erforderliche Datenverarbeitung hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Beispiele:

- Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten,
- Verhinderung, Aufklärung bzw. Prävention bei Straftaten.

## **Anlage C**

### **6. Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

Innerhalb des Landtags Rheinland-Pfalz sind die Stellen zugriffsberechtigt, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Der Landtag Rheinland-Pfalz lässt außerdem einzelne der vorgenannten Prozesse und Serviceleistungen durch sorgfältig ausgewählte und datenschutzkonform beauftragte Dienstleister ausführen, die ihren Sitz innerhalb der EU haben. Im Hinblick auf die Datenweitergabe an weitere Empfänger dürfen wir Informationen über Sie bzw. Ihre Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies erfordern oder wir anderweitig zur Weitergabe befugt sind. Sind diese Voraussetzungen gegeben, können Empfänger personenbezogener Daten u.a. sein:

- von uns bevollmächtigte Rechtsanwälte,
- öffentliche Stellen und Institutionen (z. B. Vergabekammer, Gerichte, andere Behörden) bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung,

Weiterführend können auch andere Stellen Datenempfänger sein, sofern Sie bzw. Ihre Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben.

### **7. Absicht, die personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln**

Eine aktive Übermittlung von personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

### **8. Kriterien für die Festlegung der Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden**

Die Kriterien zur Festlegung der Dauer der Speicherung bemessen sich nach Ende des Zwecks und anschließender gesetzlicher Aufbewahrungsfrist. Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren – befristete und ggf. eingeschränkte – Weiterverarbeitung ist erforderlich zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten:
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften: Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre, unter besonderen Umständen allerdings bis zu 30 Jahren.
- Einhaltung telekommunikationsrechtlicher Speicherpflichten gemäß aktuellem Telekommunikationsgesetz (TKG) und weiterer Gesetze.

### **9. Datenschutzrechte**

Jede(r) Betroffene hat das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO darüber, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO dahingehend, die Berichtigung sie betreffender unrichtiger perso-

## **Anlage C**

nenbezogener Daten zu verlangen, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO insoweit, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern entsprechende Gründe vorliegen, bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO, das Recht auf Widerspruch aus Art. 21 DSGVO, welches auf Gründen, die sich aus seiner/ihrer besonderen Situation ergeben, beruht (hierzu siehe Kasten unten), sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DSGVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO i. V. m. § 19 BDSG). Eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie zudem jederzeit mit Wirkung für die Zukunft uns gegenüber widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der Datenschutz-Grundverordnung, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind.

### **10. Verpflichtung zur Bereitstellung und mögliche Folgen einer Nichtbereitstellung von Daten**

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung einer Geschäftsbeziehung und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, den Vertrag mit Ihnen zu schließen oder diesen auszuführen.

### **11. Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling**

Zur Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung nutzen wir keine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO.

## **Information über Ihr Widerspruchsrecht nach Art. 21 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

### **Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 e) DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) und Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

## **Anlage C**

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und kann gegenüber uns direkt (Kontaktdaten siehe oben), jedoch auch über das Vergabeportal an den Auftraggeber gerichtet werden.